

Niederschrift

über die 38. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 27. August 2020 um 20.00 Uhr - in der Heinrich-Heldmann-Halle

Beginn 20:03 Uhr
Ende: 23:13 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 37

Anwesend:

Stimmberechtigt:

a) SPD-Stadtverordnetenfraktion

1. Stadtverordneter Achim Freund
2. Stadtverordnete Bärbel Bischoff
3. Stadtverordneter Gerhard Werthmann
4. Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch
5. Stadtverordnete Astrid Feigl
6. Stadtverordneter Glenn Lawrence
7. Stadtverordneter Harald Krügel
8. Stadtverordneter Gerhard Kuschnik
9. Stadtverordneter Hans Döhn
10. Stadtverordneter Heiko Appel
11. Stadtverordneter Daniel Dörsch
12. Stadtverordnete Susanne Mainka
13. Stadtverordneter Jan Frederik Beyer
14. Stadtverordneter Heinz Kehm
15. Stadtverordnete Elisabeth Rossi
16. Stadtverordneter Jürgen Berger
17. Stadtverordneter Thorsten Massutat
18. Stadtverordneter Alfred Dörsch

b) CDU-Stadtverordnetenfraktion:

19. Stadtverordneter Andreas Götzl
20. Stadtverordneter Michael Creß
21. Stadtverordneter Johannes Creß
22. Stadtverordneter Paul Piston
23. Stadtverordneter Michael Pierz
24. Stadtverordneter Dr. Manfred Ruhbaum (ab 20:25 Uhr)

c) Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordnetenfraktion:

25. Stadtverordnete Eva Bonin

d) DIE LINKE:

26. Stadtverordnete Angelika Silberling-Antoni
27. Stadtverordneter Michael Schäfer

Nicht Stimmberechtigt:

Bürgermeister Andreas Weiher	SPD
Stadtrat Werner Jung	SPD
Stadträtin Margit Bleek	SPD
Stadtrat Dr. Eberhard Müller	CDU
Stadtrat Dieter Antoni	DIE LINKE

Entschuldigt:

<i>Stadtverordneter Kai Löwe</i>	<i>SPD</i>
<i>Stadtverordneter Lars Wendt</i>	<i>SPD</i>
<i>Stadtverordneter Christian Kunkel</i>	<i>SPD</i>
<i>Stadtverordnete Ursula Werner</i>	<i>SPD</i>
<i>Stadtverordnete Carola Gärtner</i>	<i>CDU</i>
<i>Stadtverordneter Günter Gärtner</i>	<i>CDU</i>
<i>Stadtverordnete Marlen Burggraf-Vogel</i>	<i>CDU</i>
<i>Stadtverordneter Arno Weber</i>	<i>CDU</i>
<i>Stadtverordneter Volker Laubenthal</i>	<i>GRÜNE</i>
<i>Stadtverordnete Tanja Scheer</i>	<i>GRÜNE</i>
 <i>Erster Stadtrat Oliver Peetz</i>	 <i>SPD</i>
<i>Stadtrat Harald Beyer</i>	<i>SPD</i>

*Nicht entschuldigt:**Hinzugezogen:*

Aus der Verwaltung Oberinspektor Nico Agostini

Schriftführer: Verwaltungsfachwirt Maximilian Kröll

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und die an der Sitzung teilnehmenden Bürger.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 11. August 2020 unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung war nach Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt auf Anfrage fest, dass gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages „Kommunalwahl 2021“ einer Stadtverordnetenpartei auf die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

Dieser Dringlichkeitsantrag wird neuer Tagesordnungspunkt 13.

Somit setzt sich die Tagesordnung für die heutige Stadtverordnetensitzung wie folgt zusammen:

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Verleihung Ehrenbrief des Landes Hessen
3. Mitteilungen des Magistrats
4. Schaffung von kommunalem Wohnraum
5. Stärkung des Ausländerbeirates
6. Gesetz zur kommunalen Entscheidungsfähigkeit vom 28.03.2020; HGO § 51a Bildung eines Sonderausschusses
7. Aktionsplan für alle förderfähigen Projekte
8. Förderrichtlinie des Anreizprogramms für das Stadtumbaugebiet „Historischer Stadtkern Wächtersbach – Konsolidierte Fassung
9. 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgung (WVS) der Stadt Wächtersbach
10. Satzung zum Schutz des Stadtwappens, der Stadtflagge und der Logos der Stadt Wächtersbach
11. Antrag auf Sachstandsbericht zum Kanalzustand
12. Antrag nach § 12 GemHVO – Veranschlagung von Investitionen
13. Dringlichkeitsantrag Kommunalwahl 2021

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

- 1.1 Der Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch teilt mit, dass sich die restlichen Sitzungstermine und -orte der Stadtverordnetenversammlung geändert haben. Die Sitzungen finden wie folgt statt:
Die für 19.11.2020 ursprünglich geplante Sitzung wird auf den 22.10.2020 vorverlegt. Ebenfalls nach vorne wird die Dezembersitzung vom 17.12.2020 auf den 03.12.2020 verlegt.

Der Haushalt 2021 soll am 22.10.2020 eingebracht werden und am 03.12.2020 verabschiedet werden. Somit haben die Parteien etwas länger Zeit, sich mit dem Haushalt zu beschäftigen.

2. Verleihung Ehrenbrief des Landes Hessen

Der Ehrenbrief des Landes Hessen wird an einen Stadtrat für seine erbrachten Verdienste verliehen.

Der Landrat ging in seiner Rede auf den Werdegang des Ehrenden ein und nimmt im Namen des Landes Hessen stellvertretend für den Hessischen Ministerpräsidenten die Ehrung vor.

Der Bürgermeister ging auf die Vita des Stadtrates ein.

Der Stadtverordnetenvorsteher übergibt die Glückwünsche der Stadtverordnetenversammlung.

Im Anschluss wurde die Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen an den Stadtrat durch den Landrat, den Bürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher vorgenommen.

3. Mitteilungen des Magistrats

- 3.1 Der Bürgermeister geht auf die aktuelle Corona-Situation in Wächtersbach ein. Derzeit gibt es einen aktiven Fall. Seit Beginn der Pandemie sind es 13 Infizierte. Die Auswirkungen von Corona würden allerdings auch in vielen Bereichen spürbar sein, was die Stadtentwicklung angeht. So gibt es zum Beispiel Verzögerungen bei den Sanierungsarbeiten im Schloss.
- 3.2 Der Bürgermeister teilt mit, dass es beim Kita-Neubau Wittgenborn zu Verzögerungen kommt, da die eingezeichnete Wasserleitung, nicht planungsgemäß verlegt wurde.
- 3.3 Der Bürgermeister teilt mit, dass es im Neubaugebiet „Am Steinacker“ im Stadtteil Leisenwald zu Verzögerungen kommt, aufgrund vorhandener Kontaminationen in einem Haufwerk, das auf den Grundstücken abgelagert ist.
- 3.4 Der Bürgermeister teilt mit, dass die Auftragsvergabe der Rohbauarbeiten für den Kita Neubau Wittgenborn vergeben worden sind.
- 3.5 Weiterhin berichtet der Bürgermeister, dass die Keramikausstellung im Schloss auf den Weg gebracht wurde, die voraussichtlich im Herbst öffnen wird.
- 3.6 Der Bürgermeister gibt bekannt, dass zwei Kinder aus einer Nachbarstadt, die in den dortigen Einrichtungen nicht betreut werden konnten, jetzt in Wächtersbach betreut werden.
- 3.7 Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass erwartete Steuerrückgänge zum Stichtag 27.07.2020 sind. Nach ersten Informationen sollen diese von Bund und Land übernommen werden.
- 3.8 Der Bürgermeister berichtet, dass eine Verkehrsuntersuchung für das Gebiet Langenselbolder Weg Süd durchgeführt wurde, um dort eine mögliche Erweiterung vorzunehmen.
- 3.9 Der Bürgermeister berichtet, dass einige Anträge des Anreizförderprogramms positiv entschieden wurden. In diesem Zusammenhang legt er den Hauseigentümern im Fördergebiet ans Herz das Förderprogramm zu nutzen.
- 3.10 Der Bürgermeister berichtet, dass die Kita Software „little bird“ angeschafft wurde.
- 3.11 Der Bürgermeister teilt mit, dass eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme am 09.06.2020 stattfand, bei der es zu keiner Beanstandung kam.

- 3.12 Der Bürgermeister teilt mit, dass die von den Vereinen und Institutionen zu zahlenden Feuerwehrgebühren für das Jahr 2019 nicht erhoben wurden.
- 3.13 Der Bürgermeister teilt mit, dass die Rohbauarbeiten für das Alte Amtsgericht vergeben wurden.
- 3.14 Der Bürgermeister teilt mit, dass der Auftrag für den Ausbau des Grünstreifens mit Rasengittersteinen in der Herzgrabenstraße vergeben wurde.
- 3.15 Der Bürgermeister teilt mit, dass auf der Holocaust Gedenktafel keine namentliche Ergänzung bzw. Änderung durchgeführt werde. Eine 100 prozentige namentliche Erfassung ist nicht möglich. Deshalb erfolgt nach Rücksprache mit dem Heimat- und Geschichtsverein eine zahlenmäßige Nennung, wie bisher dargestellt.
- 3.16 Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage einer Stadtverordnetenpartei zum Altenpflegeheim der Arbeiterwohlfahrt.
- 3.17 Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage einer Stadtverordnetenfraktion zum Thema Abschreibungsgrundsätze und Eigenkontrollverordnung.
- 3.18 Der Bürgermeister berichtet von einem Ausblick auf den Stadtumbau. Es fand ein Treffen mit dem Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege sowie der unteren Denkmalschutzbehörde statt, bei dem es um die Bewertung des Gesamtumfeldes des Schlosses, u.a. Nutzung der Rentkammer, des Marstalles und Sanierung der Schlossteiche geht.
- 3.19 Der Bürgermeister teilt mit, dass seit Beginn der Corona-Pandemie bisher 25 Krisenstabsitzungen stattfanden.

4. Schaffung von kommunalem Wohnraum

Eine Stadtverordnete gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt öffentlichen Wohnraum für Menschen die von Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit bedroht sind, zu schaffen.“

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrzeit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

5. Stärkung des Ausländerbeirates

Eine Stadtverordnete gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Ein Stadtverordneter stellt für eine Fraktion einen Änderungsantrag, zum Antrag „Resolution“ vom 04.03. bzw. 13.06. und gibt eine weitere mündliche Begründung zum Änderungsantrag.

Änderungsantrag zu TOP 5 vom 04.03. bzw. 13.06.:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Änderungen von § 84 und § 89 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) aus, die den Städten und Gemeinden die

Möglichkeit eröffnet, den Ausländerbeirat durch eine Kommission zur Integration der ausländischen Einwohner (Integrations-Kommission) zu ersetzen. Für viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die teilweise bereits seit vielen Jahren in Deutschland leben, ist das Wahlrecht zum Ausländerbeirat das einzige Recht zur politischen Beteiligung. Die Tür zur Abschaffung dieser demokratischen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu öffnen, ist ein integrationspolitischer Fehler.

2. Die hessische Landesregierung wird dazu aufgefordert, stattdessen in Zusammenarbeit mit Akteuren, wird der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), InteressenvertreterInnen von Migrantinnen und Migranten und den kommunalen Spitzenverbänden über Maßnahmen zu beraten, um das Demokratiebewusstsein und die politische Teilhabe von Zugewanderten zu stärken. In diesem Zusammenhang begrüßt die Stadtverordnetenversammlung die Änderung von § 86 HGO zugunsten einer Zusammenlegung des Wahltermins der Ausländerbeiräte mit der Kommunalwahl, durch die eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten ist.

Beschluss des Änderungsantrages

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

Die Stadtverordnete zieht den Hauptantrag mit Resolution zurück.

6. Gesetz zur kommunalen Entscheidungsfähigkeit vom 28.03.2020; HGO § 51a Bildung eines Sonderausschusses

Eine Stadtverordnete gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

In der Stadt Wächtersbach wird ein Sonderausschuss gemäß § 51a HGO gebildet, der in dringenden Angelegenheiten entscheidet, wenn die vorherige Entscheidung nicht der Stadtverordnetenversammlung nicht eingeholt werden kann. So sollten diesem Ausschuss die Ausschussvorsitzenden und jeweils einem Vertreter* aller Fraktionen bzw. Parteien mit Stimmrecht vertreten sein.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

7. Aktionsplan für alle förderfähigen Projekte

Eine Stadtverordnete gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Aktionsplan für alle förderfähigen Projekte mit folgenden Zielvorgaben zu erstellen:

- Ort der Maßnahme

- Planung
- Beginn
- Dauer
- Kostenschätzung
- Finanzierung
- Priorität
- Fertigstellung

Über die bereits durchgeführten oder angelaufenen Maßnahmen ist der Stadtverordnetenversammlung jährlich zu berichten.
Der Aktionsplan wird alle 3 Jahre aktualisiert.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8. Förderrichtlinie des Anreizprogramms für das Stadtumbaugebiet „Historischer Stadtkern Wächtersbach“ – Konsolidierte Fassung

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschuss teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Beschluss:

Der beigefügten konsolidierten Fassung der Förderrichtlinie des Anreizprogramms für das Stadtumbaugebiet „Historischer Stadtkern Wächtersbach“ vom 08.06.2020 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

9. 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgung (WVS) der Stadt Wächtersbach

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschuss teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügten 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgung (WVS) der Stadt Wächtersbach.“

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

10. Satzung zum Schutz des Stadtwappens, der Stadtflagge und der Logos der Stadt Wächtersbach

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschuss teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Vor Sitzungsbeginn wurde eine aktualisierte Fassung der Satzung, so wie in der HFA Sitzung beschlossen, ausgeteilt.

Beschluss:

Der Neufassung der Satzung zum Schutz des Stadtwappens, der Stadtflagge und der Logos der Stadt Wächtersbach wird zugestimmt“.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

11. Antrag auf Sachstandsbericht zum Kanalzustand

Eine Fraktionsvorsitzende gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Ein Fraktionsvorsitzender stellt für seine Fraktion einen Änderungsantrag zum Antrag auf Sachstandsbericht zum Kanalzustand und gibt eine weitere mündliche Begründung zum Änderungsantrag.

Beschluss Änderungsantrag:

Die Stadtverordneten beauftragen den Magistrat, im Bau- und Planungsausschuss einen ausführlichen Sachstandsbericht zum Kanalzustand in der Innenstadt und den Stadtteilen zu geben. Ein vorhandenes Sanierungskonzept ist den Ausschussmitgliedern zu erläutern, die damit verbundenen Kosten sind für die nächsten geplanten Maßnahmen darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

Es wurde nur der Beschluss über den Änderungsantrag gefasst. Ein Beschluss zum Hauptantrag erübrigt sich.

12. Antrag nach § 12 GemHVO – Veranschlagung von Investitionen

Ein Stadtverordneter gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Es erfolgte eine Sitzungsunterbrechung von 22:50 – 22:58 Uhr

Ein Stadtverordneter stellt für seine Fraktion einen Änderungsantrag zum Antrag nach § 12 GemHVO – Veranschlagung von Investitionen.

Hauptantrag:

Um die nach § 12 GemHVO vorgegebenen, kostenmäßigen Transparenz bei der Veranschlagung von Investitionen herzustellen, wird die nach § 12 GemHVO Abs. 4 festgelegten Bagatellgrenze auf 200.000,- Euro festgesetzt.

Für alle anderen Investitionen sind vor deren Veranschlagung im Haushalt die in § 12 Abs. 2 GemHVO aufgeführten Unterlagen der Stadtverordnetenversammlung / dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Beschluss Änderungsantrag:

Wie werden wir dem § 12 GemHVO gerecht, und
Formulierungen finden, wie die Verwaltung dies umsetzen kann.

Wir beantragen Verweisung dieses Antrages in den HFA!

Abstimmungsergebnis:**Mit Mehrheit beschlossen**

Es wurde nur ein Beschluss über den Änderungsantrag gefasst. Ein Beschluss zum
Hauptantrag erübrigt sich.

Da die Sitzungszeit gemäß der Geschäftsordnung um 23:00 Uhr endet, lässt
Der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 13 noch
behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis:**Mit Mehrheit beschlossen****13. Dringlichkeitsantrag Kommunalwahl 2021**

Eine Stadtverordnete gibt eine weitere mündliche Begründung zum Antrag.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Wegen der erschwerten Bedingungen während der Pandemie, stellt die Stadt
Wächtersbach, für die nach dem Wahlgesetz erforderlichen
Mitgliederversammlungen, den Parteien und Wählergemeinschaften die städtischen
Räume kostenlos zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:**Mit Mehrheit abgelehnt**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

(Koch)
Stadtverordnetenvorsteher

(Kröll)
Schriftführer